



**Bericht Stadtrat zum Postulat von Erika Eichenberger und Corinne Ruesch namens der Grünen Fraktion betreffend Schaffung einer Stelle einer/s Jugendbeauftragten**

<p><b>Kurzinformation</b></p>	<p>Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 25. August 2010 entgegen dem Vorschlag des Stadtrates mit 16 zu 20 Stimmen beschlossen, das Postulat betreffend Schaffung der Stelle einer/eines Jugendbeauftragten nicht abzuschreiben.</p> <p>Die Angebote der Jugendarbeit wurden um Zusatzprojekte massvoll ausgebaut und für die Jahre 2011 und 2012 mit einem Mehraufwand von insgesamt CHF 90'000.- pro Jahr veranschlagt (Voranschlag 2011 und EP 11/15).</p> <p>Das Angebot der Stadt Liestal kann sich im Quervergleich mit anderen Gemeinden sehen lassen.</p> <p>Infolge mangelnder Nachvollziehbarkeit des Geleisteten für den Einwohnerrat ist die Kommunikation zu verbessern.</p>				
<p><b>Anträge</b></p>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Das Postulat Nr. 2007/154 zur Schaffung der Stelle einer/eines Jugendbeauftragten ist als erfüllt abzuschreiben.</li><li>2. Die Jugendkommission wird beauftragt, einen jährlichen Bericht über die Jugendarbeit der Stadt Liestal zu Händen des Stadtrates zu verfassen, welchen dieser in der Folge dem Einwohnerrat überweist.</li></ol>				
	<p>Liestal, 11. Januar 2011</p> <p style="text-align: center;">Für den Stadtrat Liestal</p> <table style="width: 100%;"><tr><td style="width: 50%;">Die Stadtpräsidentin</td><td style="width: 50%;">Der Stadtverwalter</td></tr><tr><td style="text-align: center;">Regula Gysin</td><td style="text-align: center;">Benedikt Minzer</td></tr></table>	Die Stadtpräsidentin	Der Stadtverwalter	Regula Gysin	Benedikt Minzer
Die Stadtpräsidentin	Der Stadtverwalter				
Regula Gysin	Benedikt Minzer				

## DETAILINFORMATIONEN

Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 25. August 2010 entgegen dem Vorschlag des Stadtrates mit 16 zu 20 Stimmen beschlossen, das Postulat betreffend Schaffung der Stelle einer/eines Jugendbeauftragten nicht abzuschreiben.

In ihrer Begründung führten die Hauptvotantinnen an, dass keine stadträtliche Strategie erkennbar sei, welche dem Bedarf für eine Koordinations- und Fachstelle für Jugendanliegen gerecht werde, dass sich die Jugendszene weiter ausbreite (Wasserturmplatz) und dass es der Exekutive am politischen Willen fehle, dass in der Jugendarbeit etwas passiere. Es fehle an einer Lobby für die Jugend und das Projekt Ausbau Jugendhaus Joy sei unverständlicherweise hinausgeschoben worden. Ferner stelle sich die Frage, ob die Jugendarbeit nicht im Bereich Bildung besser aufgehoben wäre, da hier ein entsprechendes Fachwissen wie auch ein Netzwerk bereits bestünden.

Angesichts der besonderen Bedeutung der Jugend für die künftige Entwicklung Liestals hat der Stadtrat Verständnis für das Anliegen des Einwohnerrates, der Jugendarbeit besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, und möchte dazu wie folgt Stellung:

Die seinerzeitige Schaffung einer stadträtlichen Jugendkommission stellt ein Bekenntnis des Stadtrates zur Jugendarbeit dar. Die Bemühungen der Jugendkommission haben unter anderem dazu geführt, dass die bestehenden Hauptpfeiler der offenen Jugendarbeit konsolidiert und weiter ausgebaut werden konnten - dies in einem finanzpolitisch rauen Klima.

So wurde die Leistungsvereinbarung zur Führung des Jugendhauses erneuert und den aktuellen Bedingungen angepasst sowie um ein Genderprojekt (Mädchenarbeit) erweitert, was zu erweiterten Öffnungszeiten für Mädchen mit spezifischen neuen Angeboten geführt hat. Flankierend zum Grundangebot wurde im Weiteren ein Zusatzauftrag zur Durchführung von bedarfs- und bedürfnisgerechten Projekten definiert, welches in Vernetzung mit dem Jugendhaus erfolgt und im Aufbau begriffen ist. Diese Projekte werden von einer professionellen Jugendarbeiterin betreut. Damit wurde der Kostenrahmen um rund CHF 90'000.- pro Jahr für die Jahre 2011 und 2012 erweitert, was angesichts der finanzpolitischen Zielsetzungen der Stadt doch ein beachtlicher Mehraufwand darstellt.

Im Hinblick auf die offene Szene (Bahnhof, Wasserturmplatz, Weisse Gasse, etc.) und in Antizipation der sich weiter entwickelnden Problematik von randständigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurde das Angebot der Streetworker spezifisch für die Stadt Liestal weiter ausgebaut und der Kostenrahmen pro Jahr um CHF 21'000.- erhöht. Damit wird ermöglicht, auf spezifische und akute Brennpunkte fristgerecht zu reagieren und den Streetworkern Aufträge zu erteilen, welche sich aus dem aktuellen Geschehen ergeben.

Mit periodischen Foren, an welchen neben den relevanten Stellen der Stadtverwaltung (auch der Bereich Bildung ist vertreten) die Jugendarbeiter, die zuständigen Polizeiorgane und weitere Akteure, welche auf die Jugendarbeit Einfluss haben, teilnehmen, ist ein Instrument geschaffen, um Erfahrungen auszutauschen, Probleme zu erkennen und geeignete Massnahmen festzulegen, zu koordinieren und umzusetzen.

Damit erübrigt sich nach Meinung des Stadtrates die Schaffung einer Koordinations- und Fachstelle für Jugendanliegen, welche doch eher in einen übergeordneten kantonalen Zuständigkeitsbereich fällt (analog ähnlicher Fachstellen wie im Gesundheits- und Drogenpräventionsbereich). Betreffend Ausbau Jugendtreffpunkt (Haus zur Allee) ist derzeit ein Vorprojekt (Projektgruppe mit Architekt) im Gange; dem Stadtrat werden bis Ende 1. Quartal 2011 Variantenvorschläge zur

Sanierung/zum Ausbau des Jugendtreffpunktes auf Basis des Grundlagenkonzeptes der Jugendkommission unterbreitet. Im Rahmen des politischen Prozesses ist dann festzulegen, welchen Stellenwert die Jugendarbeit im künftigen Investitionsprogramm einnehmen wird.

Zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass die Stadt Liestal mit der Schaffung der ersten Stelle eines Schulsozialarbeiters im Jahre 1998 (damals via die Trägerschaft come in come out) massgeblich dazu beigetragen hat, dass die Schulsozialarbeit ins Bildungsgesetz aufgenommen und in der Zwischenzeit im Kanton Baselland flächendeckend eingerichtet wurde. Damit ist die Vernetzung vom Bereich Bildung mit der Sozialarbeit zur Früherkennung von Problemsituationen vollzogen.

Ob die Jugendarbeit generell im Bildungsbereich besser angesiedelt wäre, ist eine immer wieder geführte Fachdiskussion, welche geteilte Meinungen zutage fördert.

Erfahrungen zeigen, dass sich Jugendliche im Freizeitbereich von der Schule abgrenzen und nicht von ihren Lehrpersonen betreut werden möchten, um in Unabhängigkeit zur Schule ihre Freizeitbedürfnisse artikulieren und ausleben zu können; entsprechend gibt es kantonsweit keine Modelle, welche beispielsweise Jugendtreffpunkte im Bildungs- und Schulbereich ansiedeln. Ferner hat eine Überprüfung ergeben, dass sich eine pragmatische Lösung mit der Freistellung einer Lehrperson zum Zwecke der Jugendarbeit nicht realisieren lässt.

Im Quervergleich mit anderen vergleichbaren Gemeinden (Soziografie, Finanzen), die teilweise massive Einschnitte bei der Jugendarbeit vornehmen, hat Liestal einen moderaten Ausbau der Angebote in der Jugendarbeit vorgenommen, weshalb aus Sicht des Stadtrats nicht von einem fehlenden politischen Willen gesprochen werden kann.

Aufgrund obiger Ausführungen empfiehlt der Stadtrat die Abschreibung des Postulates zur Schaffung einer Stelle einer/eines Jugendbeauftragten und schlägt im Gegenzug vor, dass die Jugendkommission beauftragt wird, einen jährlichen Bericht zu Händen von Stadtrat und Einwohnerrat über die Entwicklung der Jugendarbeit in Liestal mit allfälligen Empfehlungen zu verfassen. Damit wäre eine bessere Präsenz der Jugend in der politischen Diskussion und Meinungsbildung gewährleistet, besteht doch seitens des Stadtrates die Ansicht, dass aufgrund ungenügender Kommunikation eine realistische Einschätzung des Geleisteten im Jugendbereich bis anhin schwerlich vollzogen werden konnte. Dies könnte damit in Zukunft verhindert werden.

•